

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 65 646 pbbn d



Inhalt

Hermann Scheer MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle, wirft den Kernwaffenstaaten Völkerrechtsverletzungen vor. Seite 1

Hajo Hoffmann MdB weist auf die Haushaltstücken einer stärkeren Konventionalisierung der Streitkräfte hin. Seite 3

Katharina Focke MdEP, designierte Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl, zieht eine Bilanz der Kohl'schen EG-Präsidentschaft. Seite 5

Georg Schlaga MdB zum Stand der Afghanistan-Krise: Leise Hoffnung auf eine Lösung. Seite 6

Dokumentation

Willy Brandts Aufforderung an die sozialdemokratischen Funktionäre, die betriebstätigen SPD-Mitglieder stärker einzubinden. Seite 8

38. Jahrgang / 122

30. Juni 1983

15 Jahre Atomwaffensperrvertrag

Aber: Die Verantwortungslosigkeit der Verantwortlichen treibt auf einen weltpolitischen Siedepunkt zu

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Am morgigen 1. Juli sind es 15 Jahre her, seit Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten den Atomwaffensperrvertrag (Non Proliferation Treaty) als Erstunterzeichner vereinbarten. Diesem Vertrag gingen jahrelange Auseinandersetzungen voraus. Denn die Nichtkernwaffenstaaten verlangten als Gegenleistung für die von ihnen geforderte Unterschrift, die eine Vermehrung der Anzahl der Kernwaffenstaaten verhindern sollte, die Verpflichtung der Kernwaffenstaaten, ihrerseits schrittweise nuklear abzurüsten. Deshalb verpflichteten sich die drei Kernwaffenstaaten Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrages, nuklear abzurüsten. Die beiden weiteren Kernwaffenstaaten China und Frankreich sind diesem Vertrag allerdings bis heute nicht beigetreten. Beigetreten sind diesem Vertrag aber bisher mehr als 100 Nichtkernwaffenstaaten, in der Erwartung, daß die Kernwaffenstaaten ihre völkerrechtliche Verpflichtung auf nukleare Abrüstung zügig einlösen.

Diese Erwartungen sind bis zum heutigen Tage, 15 Jahre nach Vertragsunterzeichnung, bitter enttäuscht worden. In beispielloser Ignoranz brechen die Nuklearmächte Tag für Tag ihre völkerrechtliche Verpflichtung durch eine vor der übrigen Welt verantwortungslos gesteigerte nukleare Rüstung. Sie gefährden damit das Vertragswerk des Atomwaffensperrvertrages und provozieren, daß in absehbarer Zeit weitere Länder mit nuklearer Aufrüstung beginnen. Das Verhalten der Nuklearmächte ist durch nichts zu entschuldigen. Sie ver-



sündigen sich vor der Welt und gegenüber der Zukunft unseres Erdballs. Die Nuklearmächte beanspruchen für sich, für ihre nationale Sicherheit das Schicksal der Menschheitsgeschichte aufs Spiel setzen zu dürfen.

Sie betreiben ein menschenverachtendes neues weltweites Klassendenken, einerseits die Menschenklasse in den Nuklearstaaten, andererseits die übrige Menschheit, die die Rolle als potentielltes Opfer der Nuklearmächte annehmen muß.

Schon vor 1975 auf der ersten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag fanden die Mahnungen der Nichtkernwaffenstaaten kein Gehör, daß endlich die versprochenen Fortschritte in der nuklearen Abrüstung eingelöst werden sollen. Auch die dringlicher werdenden Mahnungen auf der ersten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung 1978, auf der zweiten Überprüfungskonferenz 1980 und auf der zweiten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen 1982 wurden kaltschnäuzig mißachtet.

Wie ungeheuerlich der Kontrast ist zwischen völkerrechtlicher Verpflichtung der Nuklearstaaten und ihrer tatsächlichen Praxis, zeigt der 14. Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI), der letzte Woche veröffentlicht wurde. Allein die Vereinigten Staaten fügten ihrem Nuklearpotential zwischen 1945 und 1982 alle 30 Minuten die Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe hinzu. Bis 1990 sollen aus 26.000 nuklearen Sprengköpfen 32.000 werden. Frankreich und Großbritannien werden in den nächsten zehn Jahren die atomare Sprengkopffzahl auf strategischen Nuklearwaffensystemen verzehnfachen! Auch die Sowjetunion dreht weiter und weiter! Alle Nuklearwaffenstaaten testen laufend neue nukleare Sprengköpfe! Einen Tag vor dem 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages zündete heute Frankreich eine neue Bombe im Pazifik, so wie es vor einem Jahr einen Tag vor dem Hiroshima-Gedenktag eine Bombe zündete. Die negative Symbolik ist kaum zu überbieten. Am 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages reichen Mahnungen nicht mehr aus. Die Weltöffentlichkeit muß sich zur Wehr setzen gegen den fortwährenden Völkerrechtsbruch der Regierungen der Nuklearwaffenstaaten, die ohne Unterlaß Verbrechen an der Menschheit vorbereiten.

(-/30.6.1983/ks/va)

+ + +



Die Tücken konventioneller Aufrüstung

Einbindung in die Entspannung ist von entscheidender Bedeutung

Von Hajo Hoffmann MdB

Die Diskussion um die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in Genf hat sich in einer Weise auf die Waffensysteme SS 20 einerseits und Pershing II andererseits fixiert, daß alle anderen Ebenen der Rüstungsdiskussion dabei zu kurz kommen. In der Zwischenzeit ist der Rüstungswettlauf im konventionellen Sektor in beiden Lagern beschleunigt fortgesetzt worden. Gleichzeitig hat die Realität die Auseinandersetzung über Marschflugkörper längst überholt: In nächster Zeit werden diese Waffen auf See verfügbar sein und auch stationiert.

In diesem Zusammenhang wird die Auseinandersetzung interessant, ob durch verstärkte konventionelle - also nichtatomare aber hochtechnisierte - Rüstung der Einsatz von Atomwaffen unwahrscheinlicher oder gar ausgeschlossen werden könne. Eine Studie (ESECS - European Security Study) bekannter Wissenschaftler, Diplomaten, Politiker und Militärs hatte kürzlich dieses Thema zum Kern und muß beachtet werden, da ähnliche Vorstellungen im Bundesverteidigungsministerium erwogen werden.

Die Forderung der Studie zum Beispiel nach einer kontinuierlichen Erhöhung des NATO-Verteidigungsetats um jährlich real vier Prozent ist absurd. Bis zu 75 Milliarden DM werden für einen Zehnjahres-Zeitraum als finanzielle Zusatzforderung genannt, ohne daß entsprechende Verringerungen der bisher geplanten Ausgaben (zum Beispiel auf atomarem Waffensektor) für möglich gehalten werden. Kombiniert man diese Perspektive mit der Tatsache, daß eine westliche Stationierung von Marschflugkörpern (hier: landgestützte Cruise Missiles) mit erheblichen Ausgaben für entsprechende Abwehrsysteme auf der anderen Seite verbunden sind, so wird mit dieser Strategie eine für beide Blocksysteme gigantische volkswirtschaftliche Zusatzbelastung provoziert.

Eine konventionelle Ersetzung atomarer Waffen ist nur interessant, wenn damit eindeutig auf Produktion und Stationierung entsprechender Kernwaffen verzichtet wird, wenn die technische Fähigkeit dieser konventionellen Waffen eindeutig defensiv (heißt hier: keine Flugfähigkeit über den logistischen Raum der anderen Seite hinweg; keine konventionelle Enthauptungsstrategie) ist, und wenn die ökonomische Bedingung einer spürbaren Reduzierung der beidseitigen Rüstungsausgaben garantiert ist. Diesen Kriterien genügen weder die hier angesprochene Studie, noch die entsprechenden bekannten Diskussionen innerhalb der Exekutiven. Es besteht der Verdacht, daß die konventionelle Rüstungsindustrie die Hand mitgeführt hat.

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies - auf die Verteilung staatlicher Ausgaben bezogen - eine erhebliche Gewichtsverlagerung zu Gunsten des Verteidigungsetats, die nach der Logik des Bundeshaushaltes nur zu Lasten der Ausgaben für Arbeit, Soziales, Jugend, Bildung und Entwicklungshilfe gehen kann.

Folgende Zahlenreihe soll das verdeutlichen:

Der Anteil des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt hat sich in den letzten Jahren wie folgt verändert:

1970:	22 Prozent
1975:	20 Prozent
1980:	18 Prozent
1983:	19 Prozent



Auf der Grundlage der laufenden Ausgaben für früher beschlossene Waffensysteme, der in den nächsten Monaten zu erwartenden neuen Beschlüsse (zum Beispiel TKF 90, Hub-schrauber, Flugabwehrsysteme...), den angelaufenen Verhandlungen auf NATO-Ebene und auf bilateraler (mit den USA) Ebene kann grob folgende Weiterentwicklung prognostiziert werden (die ich nach Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung und des Haushaltsentwurfs 1984 präzisieren werde):

1984:	20 Prozent
1986:	22 Prozent
1988:	24 Prozent
1990:	25 Prozent
1992:	26 Prozent

Diese Grob-Prognose umfaßt neben den Waffenbestellungen auch die Infrastrukturausgaben, die Kosten des Wartime-Host-Nation-Support, die zu erwartenden Lasten aus der Stoessel-Demarche - aber noch nicht die denkbaren Belastungen aus einer (nach meiner Auffassung strikt abzulehnenden) indirekten Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Aktionen von US-Eingreiftruppen außerhalb des NATO-Einsatzgebiets.

Eine entsprechende Forderung der USA, die Bundesrepublik solle für den Fall des Teilabzugs amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik zwecks Einsatz zum Beispiel im Nahen Osten die damit in Mitteleuropa entstehende Lücke durch Bereitstellung von 80.000 Reservisten der Bundeswehr schließen, liegt bereits vor. Neben der schwerwiegenden politischen Konsequenz (indirekte Einbeziehung in einen militärischen Konflikt außerhalb des Gebiets der NATO-Staaten) hat dies auch im Nicht-Krisenfall finanzielle Auswirkungen. Ich schätze die Kosten für diese Reserve-Bereitstellung auf grob 500 Millionen DM/Jahr. Das wäre auf dem gegenwärtigen Stand des Verteidigungsetats (1983 über 46 Milliarden DM) etwa ein Prozent an zusätzlichen Ausgaben.

Fazit: Die in den 70er Jahren sinkende Tendenz von Verteidigungsausgaben, gemessen an der prozentualen Gewichtung der Einzelhaushalte zum gesamten Bundeshaushalt, dreht sich in den 80er Jahren um. Neben den allgemein bekannten Problemen öffentlicher Haushalte (Stagnation, Lasten der Arbeitslosigkeit...) wird damit die Konkurrenz zu anderen Teilhaushalten (insbesondere Sozialbereich) eklatant verschärft. Sollte die Prognose zutreffen, so steht dahinter ein Verteilungsproblem, das zu massiven Konflikten und zum sozialen Unfrieden führen wird.

Die öffentliche Diskussion zur Friedens- und Sicherheitspolitik konzentriert sich wie gesagt zu einseitig auf die Stationierungsfrage von SS 20, Pershing II und Cruise missiles. Die zwischenzeitlich laufende konventionelle beiderseitige Aufrüstung wird kaum zur Kenntnis genommen. Das gleiche gilt für die atomare Rüstung außerhalb der Landstationierung der genannten Waffensysteme.

Die zu erwartende (und von mir lebhaft unterstützte) Ablehnung der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen durch den SPD-Parteitag Anfang November 1983 wird wahrscheinlich an der tatsächlichen Stationierung nichts ändern. Es wird nicht ausreichen, nur ein "Nein" zur Stationierung zu beschließen. Die Erarbeitung eines verteidigungspolitischen Konzepts - eingebunden in die Weiterentwicklung der Entspannung - muß das Nein glaubhaft machen und positiv ausfüllen. Defensiv Strategie und Bewaffnung, sowie die Theorie der sozialen Verteidigung müssen dabei erörtert werden.

(-/30.6.1983/ks/va)

+ + +



Kohl ist vom Gipfel herabgestiegen

Jetzt ist er näher an den konkreten europäischen Problemen

Von Dr. Katharina Focke MdEP

Designierte Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl

Herr Kohl hat Recht, wenn er als Präsident des Europäischen Rates in Straßburg sagte: Europäisches Bewußtsein könnten die Bürger nur haben, wenn sie sich in Europa gut aufgehoben fühlen.

Doch ich frage ihn: Können sie sich angesichts des Stuttgarter Gipfels gut aufgehoben fühlen? Angesichts eines Gipfels, der eineinhalb Tage Zeit verschwendete, über eine Rückzahlung an Großbritannien zu streiten, statt auf die Probleme der Menschen zukunftsweisende Antworten zu geben.

Können sich die zwölf Millionen Arbeitslose aufgehoben fühlen, ohne ein einziges neues Signal für beschäftigungswirksame Maßnahmen? Können sich umweltbewußte Bürger aufgehoben fühlen durch lediglich die Aufforderung an den Ministerrat, die Aktenarbeit fortzusetzen? Können sich die Stahlarbeiter und ihre Familien aufgehoben fühlen, wenn zu ihren Problemen der Europäische Rat lediglich eine Hoffnung ausdrückt? Können sich die Steuerzahler aufgehoben fühlen, wenn zur Reform der Agrarpolitik nur Prüfaufträge vergeben wurden ohne jede klare Vorgabe, daß und wie der Überschußproduktion Einhalt geboten werden muß?

Zwischen solcher Gipfelrealität einerseits und feierlicher Erklärung andererseits können die Bürger kein Vertrauen fassen. Das Europäische Parlament hat gesagt, längst gesagt, was geschehen muß. Die Sozialistische Fraktion hat konkret aufgezeigt, wie ein europäischer Beschäftigungspakt auszusehen hat. Die Staats- und Regierungschefs, vom Gipfel heruntergestiegen, müssen das endlich auch begreifen.

(-/30.6.1983/ks/va)

+ + +



Zeichnet sich eine Lösung für Afghanistan ab?

Eine Analyse der komplexen Situation unter Einschluß Pakistans

Von Georg Schlaga MdB

Die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen im Dezember 1979 war einer der entscheidenden Faktoren, die zur Aufgabe der Entspannungspolitik durch die amerikanische Administration und zu einer erneuten Anspannung des Ost-West-Verhältnisses geführt haben. Seitdem beherrschen Berichte über den Kampf der afghanischen Widerstandsgruppen gegen die sowjetischen Besatzungssoldaten das Bild der politischen Entwicklung dieses Landes. Nur am Rande wird registriert, daß inzwischen unter Vermittlung des UN-Sonderbotschafters Diego Cordovez in Genf intensive Verhandlungen über eine politische Lösung dieses Konfliktes, die inzwischen erstaunlich weit gediehen sind, stattfinden.

Bei diesen indirekten Gesprächen zwischen Pakistan und Afghanistan in Genf - die pakistanische Regierung hat das Regime in Kabul bisher nicht anerkannt - geht es um die Frage eines konkret festgelegten Zeitplanes für den Abzug der sowjetischen Truppen, der Formierung einer neuen - sicher nicht sowjetfeindlichen - Regierung in Kabul, und um den Rückzug der afghanischen Flüchtlinge aus Pakistan in ihre Heimat. Die sowjetische Seite ihrerseits möchte eine Garantie der Nichteinmischung und Nichtintervention von außen für Afghanistan haben. Beide Seiten bemühen sich um internationale Garanten für eine solche Übereinkunft. Die sowjetische Seite fordert, daß China und die USA eine Nichteinmischung garantieren, Pakistan seinerseits möchte den Kreis der Garanten auf andere Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ausgedehnt wissen.

Das eigentliche Problem bei diesen Genfer Gesprächen liegt aber in der Frage, ob die sowjetische Seite tatsächlich bereit ist, einem zeitlich genau vereinbarten Abzugsplan für ihre Truppen zuzustimmen, und wie es andererseits Pakistan gelingt, dem Einsickern von Waffen nach Afghanistan entlang einer fast unkontrollierbaren Grenze erfolgreich entgegenzuwirken.

So schwierig die noch zu lösenden Probleme bei diesen Genfer Verhandlungen auch sein mögen, viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es in der sowjetischen Führung eine starke Gruppe gibt, die eine politische Lösung des Afghanistan-Konfliktes anstrebt.

Dies scheint auch die überaus zuvorkommende Behandlung Pakistans durch die Sowjets anzudeuten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die pakistanische Militärregierung



unter General Zia-ul-Hag, zugleich "Oberster Kriegsrechtsverwalter" und Regierungschef, durch die Afghanistan-Krise eine völlig unerwartete Stabilisierung erfahren hat. Die Regierung Zia-ul-Hag, die Präsident Bhutto seinerzeit unter fadenacheinigen Gründen hatte hinrichten lassen, und die politisch mit harter Hand regiert, zählt heute schon neben Ägypten und der Türkei zu den Empfängern der umfangreichsten Militär- und Wirtschaftshilfe durch die USA. Daß die herrschenden Militärs in Pakistan auch durch andere islamische Staaten Unterstützung erhalten, steht außer Zweifel. Zahlen hierzu liegen jedoch nicht vor. Die umfangreiche Unterstützung der Regierung Zia-ul-Hag, die den General selbst zu einer wichtigen Figur in der Lösung des Afghanistan-Konfliktes gemacht hat, stößt in Pakistan selbst aber nicht auf ungeteilte Zustimmung. Gerade die bürgerlichen Gruppen, - als Parteien verboten -, sehen darin nur eine unerwünschte Aufwertung der Militärregierung. Sie stellen westlichen Verbündeten ganz offen die Frage, ob nicht wieder einseitig eine Militärregierung gefördert wird, ohne daß man auf die innenpolitische Wirklichkeit im Land Rücksicht nimmt.

Die Sowjets ihrerseits versuchen über das Regime Karmal in Kabul die Pakistani durch das Angebot einer großzügigen Regelung ungelöster Grenzfragen zwischen beiden Ländern zu ködern. Die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan ist durch die britische Kolonialmacht seinerzeit willkürlich gezogen worden und zerschneidet verschiedene Stammesgebiete. Hier bietet Kabul jetzt eine großzügige Regelung an und erhofft sich dafür Anerkennung und Aufwertung. Westliche Beobachter äußern zum Teil die Befürchtung, daß sich daraus eine einseitige Verständigung zwischen Pakistan und Afghanistan ergeben und ein Eingehen der Pakistani auf sowjetische Interessen ergeben könnte.

Sie sehen das Schreckensgespenst einer weiteren Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereiches in Richtung des Indischen Ozeans. Nimmt man aber jüngste Äußerungen von Zia-ul-Hag und seinem Außenminister, Yaqub Khan, ernst, besteht kein Anlaß zur Sorge. Denn Zia und seine Militärs wissen nur zu gut, daß sie nur mit der Hilfe des Westens überleben können.

Ein weiteres Puzzle in dem komplexen Interessengeflecht des Afghanistan-Konfliktes ist die Frage der Haltung der afghanischen Widerstandsgruppen. Während sich einerseits eine stärkere Zusammenarbeit dieser Gruppen untereinander abzeichnet, die erfolgreichere Widerstandsaktionen ermöglicht, hängt das Problem der Beteiligung dieser Gruppen an einer politischen Lösung des Afghanistan-Konfliktes völlig in der Luft, weil sie es bisher nicht vermocht haben, sich auf einen von der Mehrheit des Widerstandes akzeptierten Repräsentanten zu einigen.

Wenn sich eine politische Lösung ohne Beteiligung der Widerstandsgruppen ergeben sollte, ist es allerdings fraglich, ob die Widerstandsgruppen innerhalb und außerhalb des Landes bereit sind, diese zu akzeptieren.



D O K U M E N T A T I O N**"Mehr Chancen für Arbeitnehmer in der Politik"**

Unter diesem Titel schreibt der SPD-Vorsitzende Willy Brandt MdB im Informationsdienst "Intern", der sich an die Funktions- und Mandatsträger der SPD wendet, folgenden Beitrag:

Als Volkspartei hat die SPD vielfältige politische Aufgaben, und sie darf keine von ihnen auf Kosten anderer vernachlässigen. Grundlegende Voraussetzung ihrer Tätigkeit ist die feste Verankerung in der Arbeitnehmerschaft. Es wäre falsch, die in den Betrieben und Verwaltungen tätigen Arbeitnehmer als selbstverständliche "Hausmacht" in Rechnung zu stellen. Vielmehr muß sich die Partei immer wieder neu um ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis zur Arbeitnehmerschaft bemühen. Dabei muß sie sich auf den sozialen Wandel, der sich auch in der Arbeitnehmerschaft vollzieht, einstellen und ihn politisch verarbeiten. Die Beziehungen zwischen SPD und Arbeitnehmerschaft müssen unmittelbar und ernsthaft sein. An ihnen haben die vielen sozialdemokratischen Betriebsgruppen, Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschafter entscheidenden Anteil. Sie bilden die Betriebsorganisation der SPD. Ihre politische Vertrauensarbeit, die nicht erst nach Feierabend, sondern schon mit der Frühschicht beginnt, wird von der Partei in ihrer Bedeutung hoch eingeschätzt. Sie verlangt nicht nur allgemeine Anerkennung, sondern sie muß sich vor allem in der politischen Willensbildung der Partei niederschlagen. Aus der praktischen politischen Betriebsarbeit muß die SPD ihre entscheidenden Impulse für eine arbeitnehmerorientierte Politik beziehen.

Mit den vom Parteitag in München 1982 verabschiedeten "Richtlinien" für die politische Betriebsarbeit der SPD" wurden die Bedingungen und Voraussetzungen dieses Auftrages neu bestimmt. Chancengleichheit für die betriebstätigen Arbeitnehmer bei der politischen Willensbildung ist schrittweise zu verwirklichen, besserer Zugang zu politischen Entscheidungskörpern und zur Mandatsausübung ist zu gewährleisten. Wie erste Untersuchungen ergeben, wird von diesen Richtlinien bisher nur spärlich Gebrauch gemacht. Gewiß gibt es gute Ansätze, etwa die vereinzelte Durchführung von Betriebsgruppenkonferenzen. Zu einer guten Praxis hat sich auch entwickelt, daß Betriebs- und Personalräte zu Parteitagen mit Rederecht eingeladen werden. Von einem entscheidenden Durchbruch sind wir aber noch weit entfernt. Deshalb appelliere ich mit großem Nachdruck an alle Vorstände in den Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden, aber auch an die Vorstände der AfA und an die Betriebsgruppen, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um diesen Parteitagebeschuß mit Leben zu erfüllen. Das gilt vor allem für die Gründung neuer Betriebsgruppen (auch Branchen- und Standortbetriebsgruppen), für die Verstärkung der betrieblichen Informationsarbeit durch Betriebszeitungen, für die Durchführung von Betriebsgruppenkonferenzen und für die stärkere Einbeziehung von Themen aus der Arbeitswelt in die Veranstaltungen der Partei.

Auf dem nächsten ordentlichen Parteitag werden wir Rechenschaft abzulegen haben über den Stand der Beteiligung der betriebstätigen Arbeitnehmer an der Parteilarbeit. Diese Bilanz darf nicht deshalb negativ ausfallen, weil wir uns nicht genügend bemüht haben.
(-/30.6.1983/ks/va)

+ + +

